

---

**7944/J XXV. GP**

---

**Eingelangt am 29.01.2016**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Dr. Andreas F. Karlsböck und weiterer Abgeordneter  
an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft  
**betreffend ÖH-mitorganisierte Demonstration gegen den Wiener  
Akademikerball**

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), die bekanntlich aus Zwangsbeiträgen aller Studierenden finanziert wird und als deren offizielle Vertretung an den heimischen Universitäten hochschulpolitische Interessen verfolgen sollte, tritt einmal mehr durch eine demokratiepolitisch völlig inakzeptable Vorgangsweise in Erscheinung.

So wird auf der Facebook-Seite der „*Offensive gegen Rechts Steiermark*“ unter dem provokanten Motto „*Antifa heisst Busfahren*“ (Orthografiefehler im Original) voll Häme verkündet, dass die Anreise zu einer Demonstration gegen den Wiener Akademikerball von der Österreichischen Hochschülerschaft mitorganisiert werde. Wörtlich heißt es:

*„Liebe Antifaschist\_Innen, liebe Freund\_Innen!*

*Wir haben gute Neuigkeiten für euch! Mithilfe der ÖH Uni Wien konnten wir einen Bus organisieren, der uns am 29. Jänner von Graz nach Wien bringt, um auch dort ein klares Zeichen gegen deutschnationale Burschenschaften zu setzen!*

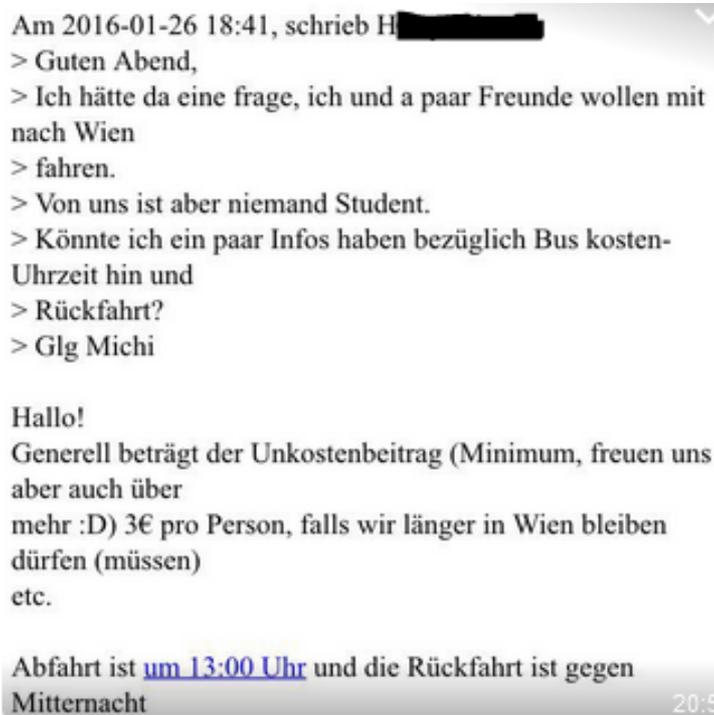
*Alle relevanten Infos bekommt ihr nach eurer Anmeldung. Die Anmeldung erfolgt unter [busnachwien@riseup.net](mailto:busnachwien@riseup.net)*

*Um die gesamten Kosten für den Bus abzudecken, werden wir bei der Abfahrt einen Solibeitrag von 3,00 p.P. einsammeln (für etwaige Verzögerungen, Repression etc.) und bedanken uns schon einmal für eure Unterstützung.“<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> [https://m.facebook.com/story.php?story\\_fbid=810844005708759&substory\\_index=0&id=604923596300802](https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=810844005708759&substory_index=0&id=604923596300802)

Damit verstößt die ÖH eindeutig gegen das Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014, weil die für die Organisation der Busfahrt aufgewendeten ÖH-Gelder auch Personen zugute kommen, die nicht Mitglieder der Hochschülerschaft Wien sind, wie nachstehendes E-Mail beweist:



Am 2016-01-26 18:41, schrieb H [REDACTED]

- > Guten Abend,
- > Ich hätte da eine frage, ich und a paar Freunde wollen mit nach Wien
- > fahren.
- > Von uns ist aber niemand Student.
- > Könnte ich ein paar Infos haben bezüglich Bus kosten-Uhrzeit hin und
- > Rückfahrt?
- > Glg Michi

Hallo!

Generell beträgt der Unkostenbeitrag (Minimum, freuen uns aber auch über mehr :D) 3€ pro Person, falls wir länger in Wien bleiben dürfen (müssen) etc.

Abfahrt ist [um 13:00 Uhr](#) und die Rückfahrt ist gegen Mitternacht 20:5

Die Unrechtmäßigkeit hat bereits der ehemalige Wissenschaftsminister Töchterle in einer Anfragebeantwortung am 16. April 2013 festgestellt: „*Die Übernahme von Fahrtkosten für Nicht-Mitglieder [...] wäre aber rechtswidrig*“. (13739/AB XXIV. GP)

Abgesehen von den rechtlichen Implikationen steht fest, dass die ÖH durch diese Vorgangsweise den in unserem freiheitlichen Rechtsstaat verfassungsrechtlich zugesicherten Meinungspluralismus gröblich missachtet (hat). Indem die vorgebliebenen Studentenvertreter nämlich „ein Zeichen gegen die deutschnationalen Burschenschaften setzen“, wenden sie sich implizit und in beschämender Weise gegen jene Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die in der Bürgerlichen Revolution von 1848 gerade von den korporierten Studentenvertretern, also den Adressaten ihres Hasses, mitunter blutig erkämpft wurde.

Nun gehört das Demonstrationsrecht zweifellos zu jenen demokratiepolitischen Errungenschaften, die sich unter besagte Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit subsumieren lassen, und soll auch nicht infrage gestellt werden. Ganz anders verhält es sich aber, wenn eine öffentlich-rechtliche Institution wie die ÖH ihre Monopolstellung dazu missbraucht, einseitige parteipolitische Agitation zu betreiben. Es ist mit unserem Meinungspluralismus nicht zu vereinbaren, dass die Adressaten einer Demonstration diese auch noch höchst unfreiwillig mitfinanzieren sollen. Zumal der Verdacht naheliegt, dass die „Organisation“ der Anreise auch aus Zwangsbeiträgen der Studierenden finanziert wird (worden ist).

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft folgende

### Anfrage

1. Werden Sie aufsichtsbehördliche Maßnahmen gegen diesen Gesetzesbruch setzen?  
Wenn ja, welche?  
Wenn nein, warum nicht?
2. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um offensichtlichen Missbrauch von Zwangsbeiträgen der Studierenden künftig zu unterbinden?
3. Werden Sie sich im Lichte solchen Missbrauchs für die Aufhebung der Monopolstellung der ÖH einsetzen, indem sie ein Ende der gesetzlichen ÖH-Zwangsmitgliedschaft betreiben?  
Wenn nein, warum nicht?